

Kurzbericht

öffentlicher Teil

18. Sitzung – Ausschuss für Wissenschaft und Kultur

30. Oktober 2025 – 14:00 bis 16:10 Uhr

Anwesende:

Vorsitz: Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

CDU

Patrick Appel
Peter Franz
Stefanie Klee
Michael Reul
Lucas Schmitz
Axel Wintermeyer

AfD

Dr. Frank Grobe
Lothar Mulch
Jochen K. Roos

SPD

Bijan Kaffenberger
Cirsten Kunz-Strueder
Marius Weiß

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Nina Eisenhardt
Hildegard Förster-Heldmann

Freie Demokraten

Dr. Matthias Büger

Weitere Anwesende:

Staatssekretär Christoph Degen, Vertreterinnen und Vertreter des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur und des Rechnungshofes sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen und der Landtagskanzlei.

Die Liste aller Anwesenden liegt der Ausschussgeschäftsführung vor.

(Beginn des öffentlichen Teils: 14:03 Uhr)

2. Berichtsantrag
Fraktion der Freien Demokraten
Situation am Fachbereich Ingenieurwissenschaften der
Hochschule RheinMain
– Drucks. [21/2149](#) –

hierzu:

Schreiben des HMWK vom 01.10.2025

– Ausschussvorlage WKA 21/12 –

(verteilt am 15.10.2025)

Abgeordneter **Dr. Matthias Büger** verdeutlicht, der Ausgangspunkt der Initiative seiner Fraktion liege in der Jahre andauernden Krise des Fachbereichs Ingenieurwissenschaften mit rückläufigen Studierendenzahlen, finanziellen Defiziten und internen Konflikten. Das HMWK verweise auf demografische Tendenzen und Konkurrenzlagen, was seiner Ansicht nach zu kurz greife. Es handle sich vielmehr um hausgemachte Struktur- und Führungsprobleme. Einerseits befinde man sich im Spannungsfeld der Autonomie, andererseits übe der Landtag seine Kontrollfunktion aus, indem er auf die genannten Probleme eingehe.

Das HMWK nenne Defizite in Höhe von 650.000 Euro. Schriftstücke, die seiner Fraktion vorlägen, wiesen Fehlbeträge von über 30 Millionen Euro für die Jahre 2021 bis 2024 aus. Ihnen zufolge sei darüber hinaus der Senat mehrfach nur unzureichend informiert worden, sodass er seine gesetzliche Kontrollfunktion nicht wahrnehmen könne – zumindest nicht vollumfänglich.

Zum Thema Governance kritisiere auch der Senat, dass er Informationspflichten der Hochschulleitung nicht erfüllt sehe. Deswegen zeige sich der Abgeordnete ob der Aussage im Bericht sehr verwundert, dass das HMWK keine Verfahrensmängel habe feststellen können. Soweit hier problematisches Verhalten oder Fehlverhalten vorliege, sehe die FDP dies nicht in erster Linie beim HMWK; vielmehr sei seine Kontrollfunktion betroffen. Die Gremien der TUD müssten Beschlüsse ohne ausreichende Datengrundlage fassen. Klar sei: Autonomie dürfe nicht als Begründung für eine Nicht-Prüfung genutzt werden.

In den Vorgängen rund um die Angewandte Mathematik erblicke er die Spitze eines Eisbergs. Nach der Verlagerung sei es zu einem – extrem erheblichen – Rückgang um 80 % gekommen. Die Hochschule selbst habe den Standortwechsel als Ursache genannt, was aufgrund der bundesweiten Trends nicht plausibel erscheine. Im Übrigen habe ein Peer Review des Fachbereichs ohne Einbeziehung von Mathematikern – hierzu scheine es, keine Protokolle zu geben – sowie ein Ausschuss von Fachvertretern stattgefunden.

Hohen Fördermitteln stünden kaum Einschreibungen gegenüber; sodass seine Fraktion keine Wirksamkeitskontrolle sehe.

Er pflichte dem HMWK bei, dass kein Anspruch auf Beibehaltung eines Studienganges bestehe. Faktisch stelle jedoch die Schließung eines Studienganges eine Einschränkung von wissenschaftlicher Tätigkeit der betroffenen Personen dar. Seiner Fraktion liege daran, dass die Autonomie nicht zu einer institutionellen Verantwortungslosigkeit führe.

Zu den im Vergleich zu anderen Hochschulen für angewandte Wissenschaften niedrigeren Einschreibezahlen an der Hochschule RheinMain werde in der Antwort zu Frage 1.3 die Konkurrenzsituation im Rhein-Main-Gebiet erwähnt. Wenn dies der entscheidende Faktor sei, frage sich seine Fraktion, warum die mitten in diesem Gebiet liegende FRA-UAS nicht betroffen sei. Ihm liege eine Grafik der Hochschule RheinMain vor, dass die Hochschulen deutschlandweit bei Studierenden im Wintersemester zwar insgesamt ein Minus auswiesen, jedoch die Hochschulen für angewandte Wissenschaften ein Plus. In Hessen betrage das Minus 8,6 %, an der Hochschule RheinMain 12,1 %. Daher frage er, warum diese Hochschule stärker als andere Hochschulen für angewandte Wissenschaften im Rhein-Main-Gebiet vom Rückgang betroffen sei.

Zu den niedrigen Einschreibezahlen an der Hochschule RheinMain werde in der Antwort zu Frage 1.4 das Argument vorgebracht, dass „sich die Studierenden auf eine größere Anzahl von Studiengängen verteilen“. Das überzeuge nicht. Wolle man an der Hochschule RheinMain Maschinenbau und Elektrotechnik mit Wirtschaftsingenieurwesen und Luftfahrttechnik verrechnen, müsse man auch die Vergleichszahlen entsprechend verrechnen, nämlich auch Bereiche, die es an der Hochschule RheinMain nicht gebe, etwa Informationstechnik, Energiewirtschaft, Kunststofftechnik oder Mechatronik.

Der sauberste Weg liege daher darin, die Gesamtzahl aller Einschreibungen zu betrachten. In sämtlichen Ingenieurwissenschaften sehe man folgende Zahlen bei den Bacheloreinschreibungen: 1.008 an der Technischen Hochschule Mittelhessen, 628 an der Hochschule Darmstadt, 449 an der FRA-UAS und 326 an der Hochschule RheinMain. Er zeige sich an den Erklärungen des HMWK für die deutlich schlechtere Situation an der Hochschule RheinMain in Ingenieurwissenschaften interessiert.

Das Defizit des Fachbereichs Ingenieurwissenschaften werde in der Antwort zu Frage 1.5 auf 650.000 Euro beziffert, ausweislich eines Berichts des Dekanats, der dem Abgeordneten vorliege, betrage es 2,8 Millionen Euro. Im Bericht heiße es: Da wir nur noch 1.500 Studierende in der Regelstudienzeit haben, fehlen uns rund 700 Studierende. Dies würde nach derzeit ausgesetzten Malusregeln zu einem Malus von 2,8 Millionen Euro führen.

Da sich das HMWK auf einige von der Hochschule RheinMain herangezogene Parameter beziehe, frage er, ob das Ministerium diese Parameter und die durchgeführten Berechnungen überprüft habe. Er wolle darüber hinaus erfahren, ob die Berechnungen auf Grundlage des Hochschulpakts durchgeführt worden seien und wie sich das Ministerium die Differenz erkläre.

In der Antwort auf Frage 1.6 würden 130 Studienplätze genannt, was zusammen mit der Antwort auf Frage 1.5 zu 5.000 Euro pro Studierendem führe. Der Dekan des Fachbereichs Ingenieurwissenschaften habe im Mai 2024 eine Zahl von 700 genannt und 4.000 Euro pro Student zugrunde gelegt, was bei ihm zu einem Defizit von 2,8 Millionen Euro geführt habe. Laut Dekan des Fachbereichs DCSM betrage die Anzahl fehlender Studierende 781 und damit das resultierende Defizit sogar 3,1 Millionen Euro. Auch hierzu wolle er erfahren, wie sich das Ministerium diese Differenzen erkläre.

Die Frage 1.7 nach einer Ursachenanalyse halte er für nicht beantwortet, was die Vermutung nahelege, dass eine solche nicht durchgeführt worden sei. Falls eine Ursachenanalyse doch stattgefunden habe, interessierten ihn die ermittelten Ursachen für den Rückgang der Studierendenzahlen.

Mit Blick auf die Antwort auf Frage 1.9 lasse sich ein krasser Widerspruch erblicken: Während das HMWK auf 3.608 Sockelstudierende komme, komme die Hochschule RheinMain laut dem eben zitierten Schreiben des Dekanats auf 1.500. In einem zweiten und neueren Schreiben werde der Wert auf 1.420 beziffert. Er frage, wie sich die Landesregierung die Differenzen erkläre.

Im Hinblick auf die Antwort auf Frage 1.10 betreffend Maluszahlungen verweise er auf ein Senatsdokument aus der Hochschule RheinMain, das Ausführungen zu einem Ex-post-Verzicht durch das Land Hessen sowohl 2024 als auch 2025 enthalte. Auch hierzu bitte er um Klärung des Widerspruchs zur Aussage in der Ausschussvorlage.

Der Antwort auf die Frage nach Maßnahmen zur Sicherung des Hochschulstandorts Rüsselsheim könne man entnehmen, dass eine Potenzialanalyse erfolgen solle. Das bedeute, dass bisher noch keine solche Analyse existiere. Daher frage er, ob ein struktureller Fehler darin liege, dass die Hochschule RheinMain sämtliche Studiengänge durch einen einzigen ersetze, ohne die Ergebnisse des Strategieprozesses und der Analyse abzuwarten. Dies drohe, zu einer Farce zu werden.

Abschließend frage er das HMWK, ob es ihm in Kenntnis der genannten Widersprüche zustimme, dass ein strukturelles Problem an der Hochschule RheinMain mindestens wahrscheinlich sei, sicherlich aber nicht ausgeschlossen werden könne. Ihn interessiere, welche Maßnahmen das Ministerium im Rahmen der Rechtsaufsicht zu ergreifen gedenke.

Staatssekretär **Christoph Degen** macht darauf aufmerksam, dass alle Berichtsanträge in der heutigen Sitzung verschiedene Teile des Spektrums betreffen: Einerseits komme es zu Schließungen, andererseits werde etwas neu aufgebaut. Beides habe nichts mit dem Hochschulpakt zu tun, sondern zeuge von einer stetigen Fortentwicklung.

Er finde es schwierig mit Blick auf die Hochschule RheinMain, einerseits zu sagen, dass sich etwas verändern müsse, und andererseits zu kritisieren, wenn die Hochschule – beispielsweise bei den Ingenieurwissenschaften – etwas angehe. Er schicke daher voraus, dass er

begrüßenswert finde, dass die Hochschule im Rahmen ihrer Autonomie Dinge anpacke und beginne, sich zukunftsfähig aufzustellen.

Bei der ersten und zweiten Frage des Abgeordneten Dr. Bürger gehe es um Einschreibungszahlen. Die Landesregierung führe allerdings nicht nur den Wettbewerb an, sondern verweise beispielsweise in der Antwort auf Frage 1.3 darauf, dass unterschiedlichste Faktoren diese Zahlen beeinflussten. Ein Faktor stelle der regionale Wettbewerb dar. Er finde es schwer, das mit der Frankfurt University of Applied Sciences zu vergleichen, zumal das eine Frage der Angebote der jeweiligen Hochschule betreffe und sich das nicht insgesamt vergleichen lasse. Wenn der Abgeordnete mehr wissen wolle, möge er sich schriftlich an das Ministerium wenden.

Die Rückfragen betreffend die Antworten auf die Fragen 1.5 und 1.6 könnten ad hoc nicht beantwortet werden; er sage zu, die Abweichungen prüfen zu lassen und eine Information dazu nachzureichen.

Zur Rückfrage zur Antwort auf die Fragen 1.7 und 1.8 merke er an, dass im Rahmen des Strategieprozesses eine Analyse mit den im Bericht genannten Stichpunkten durchgeführt worden sei. Wie im Bericht ausgeführt, zielten „alle Maßnahmen darauf ab, das Studienangebot attraktiver, zukunftsorientierter und international anschlussfähiger zu gestalten“. Er hebe hervor, dass die Hochschule RheinMain insbesondere mit der Neukonzeption im Bereich Mathematik, die englischsprachige Angebote ab 2027/28 vorsehe, versuche, sich eine neue Zielgruppe zu erschließen, um noch zukunftsfähiger zu werden.

Im Hinblick auf die Rückfrage zur Antwort auf die Frage 1.9 zu den Differenzen mache er darauf aufmerksam, dass es immer auf die Zeitpunkte ankomme.

MinDirigin **Tannapfel** ergänzt, in diesem Zusammenhang werde auf die sogenannten Sockelbudgetstudierenden abgestellt, da sich an ihrer Zahl das Budget bemesse. Möglich sei, dass den Ausführungen des Dekans eine andere Basis zugrunde liege. Beispielsweise könnten Mehrfacheinschreibungen den Grund für die Differenzen bilden. Sie sage zu, der Sache nachzugehen.

Zur unterschiedlichen Wahrnehmung von Maluszahlungen (Frage 1.10) informiert sie, diese Zahlungen seien gemäß dem damaligen Pakt berechnet worden. Im Rahmen des Nachtragshaushalts und des Einziehens der Rücklagen habe es dazu ein Abkommen gegeben. Da die Maluszahlungen insbesondere aufgrund des Rückgangs der Studierendenzahlen zu Corona-Zeiten aus dem Ruder gelaufen seien, habe man die gute Möglichkeit des Wegfalls der Geschäftsgrundlage gefunden bzw. eine Vertragslücke angenommen und auf den Vollzug der berechneten Maluszahlungen verzichtet. Ihrer Erinnerung nach sei dies im Haushaltsvollzug 2024 erfolgt. Sie stelle in Aussicht, auch dies zu überprüfen.

Staatssekretär **Christoph Degen** bittet den Abgeordneten Dr. Bürger, Fragen betreffend konkrete Zahlen dem Ministerium schriftlich zukommen zu lassen, möglichst unter Beifügung seiner

Quellen. Er bitte um Verständnis, dass aufgrund der Erkrankung des zuständigen Referatsleiters heute nur Antworten in eingeschränkter Form möglich seien.

Insgesamt von einer „Farce“ zu sprechen, halte der Staatssekretär nicht für angemessen. Er verweise auf den Koalitionsvertrag und das Ziel der Landesregierung, Hochschulstandorte – auch jenseits der ganz großen Städte – aufrechtzuerhalten. Ansonsten handele es sich, wie im Bericht ausgeführt, um einen Fall der Hochschulautonomie. Die Landesregierung könne das Thema im Rahmen von Zielvereinbarungen adressieren.

Abgeordnete **Nina Eisenhardt** hält die Schärfe des Berichtsantrags im Hinblick auf die Entwicklungen an der Hochschule RheinMain für nicht angemessen, zumal sich der Fachbereich – so auch ihre Wahrnehmung bei ihrem letzten Besuch vor Ort – sehr bemühe, den Standort mit der Neukonzeptionierung des Studienganges und den neu geschaffenen Angeboten zu stärken.

Sie finde, bei „PreStudyING“ handele es sich um ein sehr spannendes Programm. Die Kritik der FDP-Fraktion daran könne sie nicht nachvollziehen. Im Rahmen der letzten HHG-Novelle sei die Frage der Qualifizierung ausländischer Studierenden liberalisiert worden, im Übrigen besonders auf Druck der privaten Hochschulen. Sie freue sich sehr, dass auch eine staatliche Hochschule diese Möglichkeit nutze. Vor der Möglichkeit, Programme wie „PreStudyING“ zu schaffen, habe die Hochschule RheinMain lediglich über drei Plätze pro Jahr bei den Studienkollegs verfügt. Durch die neuen Programme könnten neue Studierende gewonnen werden, was einen riesigen Schritt nach vorn bedeute.

Als für die Region zuständige Abgeordnete merke sie an, dass der Standort in Rüsselsheim natürlich auch etwas im Schatten der Angebote in Frankfurt stehe. Daher begrüße sie, dass sich der kleine Fachbereich Ingenieurwissenschaften auf den Weg mache, den Bachelorstudiengang komplett neu zu konzeptionieren. Wenn man wenige Studierende habe, sei es sinnvoll, das Angebot in einem einzigen Studiengang auch administrativ zu bündeln, um dadurch viele Ressourcen zu sparen.

Sie werbe sehr für diesen Studiengang und hoffe, dass dies auch die anderen Fraktionen täten, um MINT-Studierende zu gewinnen. Dies komme auch den Unternehmen zugute, die sich in der Umgebung des Standorts Rüsselsheim befänden. So seien Unternehmen wie Opel auf die Absolventen angewiesen.

Sie pflichte dem Abgeordneten Dr. Bürger zu seinen Ausführungen zum Defizit bei der Information des Senats bei. Sie glaube, dass das Problem weit über die Ingenieurwissenschaften hinausgehe, zumal sie an vielen weiteren Stellen darauf aufmerksam gemacht worden sei. Sie glaube, dass das im Rahmen der Beratung dieses Berichtsantrags nicht gelöst werden könne, vielmehr sollten Abgeordnete sowie Vertreter des Ministeriums in Gesprächen versuchen, positiv und beruhigend auf die Akteure einzuwirken. Eine Hochschule mit einem Konflikt zwischen Senat und Präsidium halte sie für nicht steuerbar, was im Hinblick auf die Umsetzung des Hochschulpakts ein riesiges Problem darstelle.

Abgeordneter **Dr. Matthias Büger** unterstreicht, ihm liege an der Klärung von Differenzen bezüglich der Zahlen, da diese insbesondere für den Haushaltsgesetzgeber wesentliche Steuerungsgrößen darstellten. Bei der Antwort auf Frage 1.9 gebe es beispielsweise eine erhebliche Differenz zwischen 1.500 und 3.608 Studierenden.

Ihm gehe es in erster Linie um Transparenz und Aufklärung. Offenbar gebe es auch Differenzen und Probleme – er knüpfe an die Ausführungen der Abgeordneten Eisenhardt hierzu an – innerhalb der Hochschule. Daher schließe er sich dem vom Staatssekretär vorgeschlagenen Verfahren an und stellt in Aussicht, seine eigenen Ausführungen zusammenzufassen und dem Ministerium zur Vorbereitung einer Antwort zuzuleiten.

Zur Ursachenanalyse im Rahmen von Frage 1.7 habe das Ministerium mitgeteilt, der neue Studiengang solle internationaler werde. Dies könne eine geeignete Maßnahme sein, falls die Ursachenanalyse zu dem Ergebnis komme, dass es vorher zu regional und zu wenig international gewesen sei. Daher interessiere seine Fraktion diese Analyse und ihre Ergebnisse. Trotz aller Freude über die Hochschulautonomie müsse transparent über Entscheidungen und ihre Grundlagen berichtet werden.

Als Mathematiker stehe er sehr für das Thema MINT, das jedoch stark mit Qualität zu tun habe. Nach dem, was man höre, könne man durchaus an einigen Stellen Fragezeichen haben. Für seiner Fraktion gelte „Gründlichkeit vor Schnelligkeit“, weshalb sie keinen Dringlichen Berichtsantrag, sondern einen Berichtsantrag gewählt habe. Sie wolle das Thema in seiner Tiefe mit Zahlen beleuchten; ihr gehe es nicht um die schnelle Schlagzeile.

Abgeordneter **Lothar Mulch** schickt voraus, die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ habe in einem Beitrag vor etwa sechs Wochen berichtet, dass die Ingenieurwissenschaften an der Hochschule RheinMain nach Aussagen dreier renommierter Wissenschaftler vom Untergang bedroht seien. Wann immer sich Deutschland in der Vergangenheit in einer schweren Krise befunden habe, hätten immer auch das Genie und die Innovationskraft der deutschen Ingenieure dazu beigetragen, diese Krisen zu meistern. Daher handele es sich um keine guten Nachrichten aus Frankfurt.

Vor dem Hintergrund, dass dem von der Hochschulleitung favorisierten Konzept zur Rettung dieser Ingenieurwissenschaften von sechs auswärtigen Gutachtern grundlegende Mängel bescheinigt worden seien, die Vorschläge dreier Professoren der Angewandten Mathematik zur Neuorganisation des Studienfaches von externer Seite jedoch äußerst positiv bewertet worden seien, frage er, inwiefern das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur seiner Verpflichtung als zuständige Aufsichtsbehörde angemessen nachgekommen sei, als die Einstellung der Angewandten Mathematik vom Ministerium gebilligt worden sei.

Staatssekretär **Christoph Degen** betont, das Ministerium führe Gespräche mit allen Beteiligten. Er habe mit den erwähnten drei Mathematikprofessoren vor einiger Zeit auch persönlich gesprochen. Mit Blick auf die hochschulinternen Prozesse weise er darauf hin, dass die Einstellung des

Studiengangs der Angewandten Mathematik in allen Hochschulgremien ohne Gegenstimmen beschlossen worden sei.

Das HMWK sei aus gutem Grund nicht für die wissenschaftliche Bewertung der Studiengänge zuständig, habe aber in den anderen Aspekten keine Verfahrensmängel feststellen können, die ein rechtsaufsichtliches Eingreifen begründet hätten. Ein Eingreifen des Ministeriums bei der Aufhebung von Studiengängen sei etwa bei der Gefährdung eines Landesinteresses gerechtfertigt, allerdings werde das einzustellende Fach auch an anderer Stelle im Land Hessen ähnlich abgebildet. Insofern verweise er auch auf die Ausführungen im Bericht.

Die Einordnung als „Untergang“ im Artikel der „FAZ“ halte er für eine subjektive Wahrnehmung, die er sich nicht zu eigen machen wolle.

Da das Ministerium im genannten Fall kein Landesinteresse sehe, erinnert Abgeordneter **Dr. Matthias Büger** an die Ablehnung der Aufhebung eines Studienganges durch die Vorgängerregierung. Daher wolle er erfahren, ob diese an anderen formalen Voraussetzungen oder an einer anderen Beurteilung des Landesinteresses gelegen habe.

Staatssekretär **Christoph Degen** erläutert, die Formulierung gehe auf ein Schreiben von Ministerin Dorn an Präsidentin Waller vom 12. Juni 2023 zurück und sei dem damaligen, anderen Sachstand geschuldet. Damals habe sich die Diskussion um die Aussetzung der Neueinschreibung in den Studiengang der Angewandten Mathematik gedreht; der eigentliche Studiengangsentwicklungsprozess sei zum damaligen Zeitpunkt noch gar nicht abgeschlossen gewesen.

Das Ministerium könne einer Einstellung von grundständigen Studiengängen nur dann die Zustimmung verweigern, wenn ein Landesinteresse bestehe, wenn beispielsweise der Studiengang nur in Hessen an einer einzigen Hochschule studiert werden könne. Angewandte Mathematik oder ähnliche Studienangebote existierten in Hessen an der Hochschule Darmstadt und an der THM. Auch an Universitäten würden Studiengänge mit praxisnaher Ausrichtung angeboten. Die Studiengänge seien außerdem nicht zulassungsbeschränkt.

Beschluss:

WKA 21/18 – 30.10.2025

Der Berichts Antrag gilt mit der Entgegennahme des Berichts im Ausschuss für Wissenschaft und Kultur als erledigt.

Zuvor kam der Ausschuss überein, den Berichts Antrag in öffentlicher Sitzung zu beraten.

3. Berichts Antrag
Dr. Frank Grobe (AfD), Jochen K. Roos (AfD), Lothar Mulch (AfD), Heiko Scholz (AfD), Pascal Schleich (AfD)
Nachhaltigkeitswissenschaften an der Universität Kassel
– Drucks. [21/2463](#) –

hierzu:

Schreiben des HMWK vom 27.09.2025

– Ausschussvorlage 21/11 –

(verteilt am 09.10.2025)

Abgeordneter **Dr. Frank Grobe** schickt voraus, seine Fraktion bezweifle, ob die im Bericht genannten Studienfächer zukunftsfähig seien, insbesondere wenn man betrachte, was heute schon ein wesentlicher Bestandteil des Studienganges der Nachhaltigkeitswissenschaften ist, Stichworte: Diversität und Solidarität. Nicht nur seine Fraktion frage sich, was dies mit Wissenschaft und Zukunftsfähigkeit zu tun habe.

Zur Antwort auf Frage 3 frage er sich, wie die Kosten bei „nahezu null“ liegen könnten, wenn die Einrichtung eines neuen Studiengangs zwangsläufig mit einem Mehrbedarf an Hochschulpersonal einhergehe. Nach den durchschnittlichen Zahlen von Destatis für den Bund liege der Wert für einen Bachelorstudiengang bei 36.500 Euro.

Ferner sei es seiner Fraktion nicht um die Kosten für die Aufnahme neuer Studenten, sondern um die direkt mit der Einrichtung des neuen Studiengangs verbundenen Kosten im Allgemeinen gegangen, die auf die Universität innerhalb der nächsten zehn Jahre voraussichtlich zukämen.

Aus der Antwort auf Frage 6 schließe er, dass es für den neuen Studiengang kein nachhaltiges Finanzierungskonzept gebe. Die von der Landesregierung in Aussicht gestellte auskömmliche Finanzierung des Hochschulsystems werde sich nicht einmal im Ansatz verbessern, wie auch kürzlich im Rahmen der Plenardebatte klar deutlich geworden sei. Daher frage er, ob es nicht unverantwortlich sei, den Hochschulen bei Einrichtung neuer Studiengänge für die Zukunft Bedingungen zu versprechen, von denen man jetzt schon wisse, dass sie niemals eintreten würden.

Zu den Antworten auf Fragen 8 bis 10 merke er an, für seine Fraktion passe Folgendes nicht zusammen: Man könne nicht auf der einen Seite an der Einführung von einem Dutzend neuer Studiengänge festhalten und auf der anderen Seite jetzt schon ankündigen, aufgrund des neuen Hochschulpakts bestimmte Fachgebiete nicht bzw. nicht wieder zu besetzen. Dabei scheine es, als verlasse sich die Universität auf Versprechungen des Ministeriums, bei denen klar sein sollte, dass sie aufgrund der finanziellen Situation in den nächsten Jahren nicht eingehalten werden könnten.

Außerdem werde im Bericht zugegeben, dass die Universität Fachgebiete abbauen müsse. Dies solle auch Lehreinheiten mit einem Rückgang der studentischen Nachfrage in den letzten Jahren

betreffen. Daher interessiere ihn erstens, welche Lehreinheiten an der Universität Kassel dies betreffe, wie zweitens gerechtfertigt werden könne, dass traditionelle Studiengänge oder Fachgebiete zugunsten neuer Nachhaltigkeitswissenschaften eingestellt oder gekürzt werden müssten, und drittens, ob man nicht besser die Gründe für die zurückgehende Nachfrage traditioneller Studienangebote ermitteln solle.

Das Ministerium begrüße, dass die Hochschule dort ansetze, wo sie ihre Stärken habe, und sich entsprechend auf dem akademischen Markt positioniere, so Staatssekretär **Christoph Degen**.

Zur Rückfrage betreffend die auskömmliche Finanzierung (Frage 6) weise er darauf hin, dass nach dem Absinken des Hochschuletats im nächsten Jahr eine Aufwuchsphase stattfinde. Gemäß dem Hochschulpakt stünden den Hochschulen in der zweiten Hälfte des Paktes Zuwächse von 80 bis 90 Millionen Euro pro Jahr zu. Dies werde dann auch bei den Zielvereinbarungen sichtbar.

Sodann bitte er um Konkretisierung der Frage nach den Lehreinheiten.

Im Übrigen lägen ihm keine Informationen vor, dass Überlegungen bzw. Vorschläge zur Schließung eines Studienganges von der Universität Kassel gegenüber dem Ministerium geäußert worden seien.

Zu den Kosten des neuen Studiengangs verweise er auf den Bericht. Er halte es für sehr sinnvoll, vorhandenes Personal mit der benötigten Expertise bei freien Kapazitäten für neue Entwicklungen zu nutzen. Dadurch würden die Kosten niedrig gehalten, wähen gleichzeitig das Angebot ausgebaut und attraktiver werde.

Schließlich entstünden die neuen Angebote, um einer großen Nachfrage gerecht zu werden; von einer geringen Nachfrage, wie vom Abgeordneten behauptet, könne daher nicht die Rede sein.

Abgeordnete **Nina Eisenhardt** merkt an, erstens sei der Ausbau des in Rede stehenden Schwerpunkts im Strategieprozess der Universität Kassel festgelegt worden. Auch hätten internationale Gutachter der Universität empfohlen, diesen Weg zu beschreiten. Daher begrüße sie die Umsetzung der Ergebnisse durch die Universität.

Zweitens seien die Studiengänge im Bereich Nachhaltigkeitswissenschaften stärker sowie auch instituts- und fachbereichsübergreifend modularisiert worden. Damit ließen sich recht schnell neue Studiengangskonstellationen erstellen, was der Universität die Möglichkeit biete, neue Angebote auszuprobieren und das Studienangebot weiterzuentwickeln. So könne auch auf eine sich ändernde Nachfrage rasch reagiert werden. Die Weiterentwicklung setze allerdings den Verzicht auf einen tradierten Fächerkanon voraus.

Drittens erfreuten sich Studienangebote mit Bezug zur Nachhaltigkeit einer starken Nachfrage. Bislang deckten eher private Hochschulen diesen Bereich ab, da sie schneller auf die sich

ändernde Nachfrage reagieren könnten. Daher halte sie es für sehr sinnvoll, Studiengänge verstärkt am Baukastenprinzip zu orientieren, da dies staatlichen Hochschulen ermögliche, rascher zu reagieren. Daher begrüße sie den von der Universität Kassel eingeschlagenen Weg sehr.

Abgeordneter **Dr. Frank Grobe** erwidert, das erwähnte Baukastenprinzip widerspreche völlig dem Studium generale. Das leiste einer noch weiteren Verschulung Vorschub und habe mit einem Studium im eigentlichen Sinne nichts zu tun.

Der Staatssekretär habe auf die auskömmliche Finanzierung der Hochschulen hingewiesen, allerdings beklagten die Hochschulen ihre Unterfinanzierung. Vor dem Hintergrund stärkerer Inflation und höherer Kosten müsse man fragen, wie das Ganze überhaupt funktionieren solle.

Im Hinblick auf die Antwort auf Frage 10 nach dem geplanten Abbau von Lehreinheiten wolle er erfahren, um welche Einheiten es sich dabei konkret handele.

Er gehe davon aus – das werde auch bei den weiteren einschlägigen Berichtsanträgen in der heutigen Sitzung deutlich –, dass vieles noch gar nicht mit dem Hochschulpakt zu tun habe.

Die Diskussion über die Folgen des Hochschulpakts werde momentan in den Gremien der Hochschulen geführt, daher könne man derzeit noch nichts über Konsequenzen aus dem Hochschulpakt bezüglich der Einführung neuer und der Einstellung bisheriger Studienangebote sagen. Klar sei jedoch, dass nichts so bleibe, wie es sei. Im Hinblick auf die steigende Anzahl an Studiengängen begrüße er die Prüfung des Studienangebots durch die jeweilige Hochschule.

Abgeordneter **Dr. Matthias Büger** bewertet die Orientierung an der Nachfrage im Hinblick auf Entwicklung neuer und Schließung alter Studienangebote aus Sicht seiner Fraktion für unemotional und unideologisch. Wenn Nachfrage nach bestimmten Fächern bestehe, solle man ihr nachkommen.

Die Hochschulen stünden insgesamt derzeit unter Druck. Daher interessiere ihn, was die Landesregierung unternehme, damit sich das Gleichgewicht zwischen MINT- und Nachhaltigkeitsfächern nicht verschiebe und damit die Qualität nicht sinke. Aufgrund seiner eigenen Erfahrung als Hochschullehrer wisse er, dass die Nachfrage in Fächern sinke, die als eher schwer angesehen würden, was zu einem Absinken des Niveaus führe, um noch genug Studierende für das Studienangebot zu behalten.

Staatssekretär **Christoph Degen** antwortet, die konkrete Frage des Abgeordneten könnten nur die Hochschulen beantworten.

Er erinnere daran, dass das Ministerium dann eingreife, wenn ein Landesinteresse gefährdet sei. Im Rahmen der Zielvereinbarungen könne dafür gesorgt werden, eine gewisse Ausgewogenheit sicherzustellen.

Beschluss:

WKA 21/18 – 30.10.2025

Der Berichtsantrag gilt mit der Entgegennahme des Berichts im Ausschuss für Wissenschaft und Kultur als erledigt.

Zuvor kam der Ausschuss überein, den Berichtsantrag in öffentlicher Sitzung zu beraten.

4. **Dringlicher Berichtsantrag**
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Auswirkungen der Hochschulpaktkürzungen und Umsetzung von Kürzungsvorgaben im Rahmen der Hochschulautonomie
– Drucks. [21/2869](#) –

Staatssekretär **Christoph Degen** berichtet wie folgt:

Ich informiere gerne über den aktuell laufenden Zielvereinbarungsprozess mit den Hochschulen sowie über die uns bekannten Überlegungen zur Einstellung von Studiengängen.

Letzteres ist aber nur begrenzt aussagekräftig, denn zum einen wird bei einer Schließung nur eine Seite der Entwicklung des Studiengangportfolios beleuchtet; sicherlich entstehen mindestens ebenso viele oder gar noch mehr neue Studiengänge an hessischen Hochschulen; darüber haben wir heute schon gesprochen. Und generell ist zu begrüßen, dass Hochschulen wenig ausgelastete Studiengänge einstellen bzw. weiterentwickeln; auch dazu habe ich heute schon etwas gesagt.

Zum anderen muss ich deutlich sagen: Nicht alles, was jetzt an den Hochschulen passiert, ist eine direkte Auswirkung oder Folge des Hochschulpaktes. Es ist zeitlich zu früh, seit Paktunterschrift die endgültige Schließung eines Studienganges oder Schließung eines Fachbereiches umgesetzt zu haben. Die Hochschulen benötigen für ihre strategischen Überlegungen und vor allem für ihre partizipativen Prozesse mehr Zeit. Derzeit beraten sie in den Gremien wie Senat und Hochschulrat sowie in den Fachbereichen über die Umsetzung des Hochschulpakts.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Fragen wie folgt:

Frage 1. Wann plant die Landesregierung, die Zielvereinbarungen zum Hessischen Hochschulpakt 2026–2031 zu verabschieden bzw. zu unterzeichnen?

Aufgrund des besonderen Erfolges in der Exzellenzstrategie bewerben sich vier Universitäten um den Status der Exzellenzuniversität. Entsprechend werden die letzten Zielvereinbarungen zum Hessischen Hochschulpakt 2026–2031 im Sommer 2026 unterzeichnet werden, manche Zielvereinbarungen bereits in 2025.

Frage 2. Auf welcher Ebene werden die Gespräche zu den Zielvereinbarungen geführt? Erfolgen die Verhandlungen mit der Fachebene des Wissenschaftsministeriums, auf Ebene des Staatssekretärs oder auf Ebene des Ministers?

Die Gespräche zu den Zielvereinbarungen mit den Hochschulen werden von den Abteilungsleitungen II und III, also Hochschulen und Forschung, geführt; gegebenenfalls dann mit mir im zweiten Gespräch. Auf Basis dieser Gespräche werden die Ergebnisse dem Herrn Minister vorgelegt.

Frage 3. Welche Vorgaben hat die Landesregierung den hessischen Hochschulen für einen ersten Aufschlag für die Zielvereinbarungen gemacht?

Vorneweg: Wie in allen früheren Zielvereinbarungen gibt es keine inhaltlichen Vorgaben. Die hochschulindividuellen Zielvereinbarungen orientieren sich an der Struktur des Kapitels Ziele im Hochschulpakt. Dieses Kapitel wurde im Zuge der Paktverhandlungen mit den Hochschulen seit 2024 unter meiner Leitung intensiv beraten. Dieser inhaltliche Rahmen ist mit allen Hochschulen geeint und mit der Unterzeichnung des Paktes verbindlich.

Frage 4. Wird die Schließung von Instituten, Fachbereichen oder auch Studiengängen Teil der zu schließenden Zielvereinbarungen zwischen Land und Hochschulen sein?

Nein. Die Hochschulen benötigen mehr Zeit für den partizipativen Prozess innerhalb der Hochschulen, um über mögliche bzw. notwendige Maßnahmen zur Einhaltung des Finanzrahmens selbst zu beraten.

Frage 5. Mit welcher Haltung führt die Landesregierung die Verhandlungen über die Zielvereinbarungen mit Blick auf das Spannungsfeld zwischen politischen Interessen bzw. politischer Steuerung und Hochschulautonomie?

Das Land erkennt mit dem Hochschulpakt 2026–2031 die herausfordernden Zeiten für die Hochschulen an. Mit Blick auf die Zielvereinbarungen setzt sich diese Haltung entsprechend fort: Zum einen wird die gegenwärtige Konsolidierungsphase explizit als solche anerkannt, und zum

anderen gibt es landesseitig das Zugeständnis, ambitionierte Ziele erst für die zweite Phase der Paktlaufzeit zu setzen.

Frage 6. Welche Beurteilungsmaßstäbe legt die Landesregierung zugrunde, wenn sie über einen Antrag zur Schließung eines Studiengangs entscheidet?

Gemäß § 13 Abs. 1 Satz 2 des Hessischen Hochschulgesetzes bedarf die Einstellung von grundständigen Studiengängen, soweit diese nicht Gegenstand von Zielvereinbarungen ist, der Genehmigung des Wissenschaftsministeriums. Hiervon ausgenommen sind aufgrund ihres besonderen Autonomiestatus die Goethe-Universität Frankfurt sowie die Technische Universität Darmstadt.

Das HMWK kann die Genehmigung der Einstellung von Studiengängen versagen, wenn deren Fortführung im besonderen Interesse des Landes liegt. Dies kann zum Beispiel der Fall sein, wenn der betreffende Studiengang nur in Hessen studiert werden kann. Ob die Fortführung eines Studiengangs im besonderen Interesse des Landes liegt, bedarf der Prüfung des Einzelfalls.

Frage 7. Wurden diese Beurteilungsmaßstäbe mit Blick auf die an allen Hochschulen stattfindenden Prozesse zur Umsetzung der Mittelkürzungen transparent an die Hochschulen kommuniziert?

Die in Frage 6 skizzierte Rechtslage ist den Hochschulen bekannt.

Frage 8. Mit welchen Überlegungen bzw. Vorschlägen zur Schließung von Studienangeboten sind die Hochschulen seit dem 01.01.2025 an die Landesregierung (auch auf Fachebene) herangetreten (bitte für alle hessischen Hochschulen einzeln auflisten)?

Eine Übersicht zu Überlegungen bzw. Vorschlägen zur Schließung von Studienangeboten im Zeitraum 01.01.2025 bis 24.10.2025 finden Sie in der Anlage zum Dringlichen Berichtsantrag. Sie wurde eben verteilt; ich möchte sie Ihnen trotzdem kurz vorstellen (s. Anlage 1).

Frage 9. Wie ist die Rückmeldung der Landesregierung auf diese Vorschläge bzw. Überlegungen ausgefallen (bitte für jeden einzelnen Fall ausführen)? In welchen Fällen hat die Landesregierung mit welcher Begründung von der jeweiligen Schließung abgeraten bzw. diese abgelehnt?

Für zwei Sachverhalte der Anlage 1 sind Anträge nach § 13 Abs. 1 Satz 2 Hessisches Hochschulgesetz gestellt worden; zu dem ich gerade Ausführungen machte. Hierbei handelt es sich um die Hochschule RheinMain mit dem Bachelorstudiengang „International Media Management“ und die

Hochschule Fulda mit dem Bachelorstudiengang „Internationale Ingenieurwissenschaften“. Den Anträgen wurde stattgegeben.

Frage 10. Welchen Alternativvorschlag hat die Landesregierung den Hochschulen in diesen Fällen gemacht, um die aufgrund des Hessischen Hochschulpakts 2026–2031 notwendigen Kürzungen umsetzen zu können?

Keiner der beiden genannten Anträge wurde abgelehnt. Somit gab es auch keine Alternativvorschläge.

Frage 11. Welche weiteren Fragen oder Vorschläge für Einsparmaßnahmen bzw. zur Schließung von Angeboten wurden von welchen Hochschulen an die Landesregierung gestellt, und wie hat sie darauf in den einzelnen Fällen geantwortet bzw. reagiert?

Die Reaktion auf die beiden formalen Anträge zur Schließung eines grundständigen Studiengangs habe ich Ihnen soeben geschildert. Anlage 1 zeigt Ihnen auch weitere Überlegungen der Hochschulen auf.

Darüber hinaus wurde mit dem Hessischen Hochschulpakt 2026–2031 die Hochschulautonomie gestärkt. Ich verweise daher auf den eingangs skizzierten Zielvereinbarungsprozess.

Frage 12. Wie bewertet die Landesregierung die vonseiten der Universität Darmstadt geplante Schließung des Instituts für Sportwissenschaften?

Die Überlegungen sind uns bekannt. Allerdings befindet sich der Sachverhalt noch im Stadium der internen Prüfung. Ich kann daher gegenwärtig zu einer „geplanten Schließung“ einer autonomen Hochschule keine Aussage machen. Hierfür wären konkretere Angaben erforderlich.

Abgeordnete **Nina Eisenhardt** berichtet von ihren Besuchen der Hochschulpräsidien im Sommer im Nachgang zur Unterzeichnung des Hochschulpakts. Die häufige Schilderung einer Situation dabei habe sie besorgt und zum vorliegenden Dringlichen Berichtsantrag geführt: Bestimmte Sparüberlegungen der Hochschulen infolge des Paktes würden vom Ministerium mit dem Hinweis gekontert, dass man an diesen Stellen nicht sparen dürfe, weil diese essenziell seien. Das gehe aus ihrer Sicht eventuell auch auf die Furcht vor politischen Auswirkungen und lokalen Protesten zurück.

Die TU Darmstadt sei davon aufgrund ihrer Autonomie nicht betroffen – auch im Hinblick auf eventuelle Einstellungen von Studiengängen – und in der Kommunikation ihrer Planungen unabhängig vom Land.

Auf der einen Seite halte das Ministerium die Hochschulautonomie hoch und verschiebe die Konsequenzen der Kürzung in die Verantwortung der Hochschulen, auf der anderen Seite existiere eine politische Haltung dazu, was das Land brauche und welche Auswirkungen man vom Hochschulpakt sehen wolle – und welche nicht. Deswegen würden die Zielvereinbarungen miteinander verhandelt; die Hochschulen schlugen diese nicht einseitig vor.

Sie habe indes eine andere Sicht in den Antworten des Staatssekretärs wahrgenommen, weshalb sie um eine Stellungnahme bitte.

Weiterhin vermisse sie in der Auflistung zwei Aspekte aus der TUD, die zwar bereits hochschulöffentlich diskutiert würden, aber die breite Medienöffentlichkeit noch nicht erreicht hätten, nämlich das berufliche Lehramt und die Theologie. Sie zeige sich besorgt, da es sich bei den angewandten Geowissenschaften, beim beruflichen Lehramt, der Theologie und der Sportwissenschaft um lehramtsrelevante Angebote handele und Überlegungen existierten, dass sich die TUD aus der Lehrerbildung zurückziehe. Das betreffe das Land angesichts von Lehrermangel sehr stark. Daher interessiere sie die Position der Landesregierung hierzu. Sie frage den Staatssekretär, ob dem Ministerium die Diskussionen über die Schließung der genannten Fächer bekannt seien.

Ferner habe sie von Gesprächen zwischen Hochschule RheinMain, FRA-UAS und Hochschule Mittelhessen über die Aufteilung des Bereichs der Ingenieurwissenschaften gehört; der Abgeordnete Dr. Bürger habe eben die Zahlen der Einschreibungen verlesen. Zwar sei die FRA-UAS stark nachgefragt, habe jedoch aufgrund des Hochschulpakts größte Probleme, da sie die Kapazität von 16.000 auf 11.000 Studierende reduzieren müsse. Wenn man das nicht mit der Rasenmähermethode, dem flächendeckenden Einsatz von NC-Studiengängen, bewerkstellige, laufe es auf die Einsparung von einem der vier Fachbereiche hinaus. Die erste Methode rechne sich ökonomisch für die Hochschule nicht, wohl aber die Schließung des Fachbereichs 2, Informatik und Ingenieurwissenschaften, zugunsten der beiden anderen genannten Hochschulen. Allerdings stellten diese Fächer ein starkes Zugpferd für Hessen dar, sodass eine Verlegung vom stark nachgefragten Angebot in Frankfurt an die THM Auswirkungen auf die Studierendenzahlen insgesamt zeitigen werde. Sie zeige sich über die Gespräche zwischen den Präsidien besorgt und wolle erfahren, ob das Ministerium Kenntnis davon habe und wie es diese gegebenenfalls begleite.

Die Einstellung von Studiengängen stelle nicht unbedingt so schnell eine Lösung von Finanzfragen dar, wie es oftmals scheine, so Staatssekretär **Christoph Degen**. Professuren bestünden, und es erweise sich häufig als nicht einfach, ein passendes Matching zwischen dem Zeitpunkt des Ruhestandes einer Person und der möglichen Einstellung eines Angebots zu finden. Zu allen Fragen führe das Ministerium, auch er persönlich, enge und beratende Gespräche mit den Hochschulen. Er bitte im Hinblick auf vereinbarte Verschwiegenheit um Verständnis, dass er an dieser Stelle weder aus diesen Gesprächen noch aus den Zielvereinbarungsgesprächen berichte.

Dass aufseiten der Hochschulen angesichts einer durchaus nachvollziehbaren Unzufriedenheit im Hinblick auf besondere Herausforderungen des Hochschulpakts einige Szenarien angedacht und durchgespielt würden, halte er für völlig verständlich. Er bitte, dies erst einmal als Spekulationen zu betrachten und darauf zu vertrauen, dass sich in vielen Fällen gute Lösungen – auch in Sachen Kooperationen – fänden.

Zu möglichen Einstellungen von Angeboten unterstreicht er, dass am Ende das Landesinteresse und der Einzelfall zählten. Ohne, dass ihm konkrete Fälle vorlägen, und ohne konkrete Prüfung könne er nichts zu konkreten Einstellungen einzelner Fächer sagen. Er bitte die Abgeordnete, gegebenenfalls ihre Fragen schriftlich einzureichen. Er nehme gern zu konkreten Punkten Stellung, jedoch nicht zu neuen Punkten, die nicht Teil des Fragenkatalogs gewesen seien.

Abgeordneter **Dr. Matthias Büger** fragt zur Antwort auf Frage 6 nach, ob das Landesinteresse nur gegeben sei, wenn ein Fach an keinem anderen Standort mehr studiert werden könne. Falls nicht, bitte er um Konkretisierung, was ansonsten das Landesinteresse sei.

Er danke herzlich für die Auflistung zu Frage 8. Bei rund zwei Dritteln der dort aufgeführten Studiengänge mit einem zu verringernden Studienangebot handele es sich um Studiengänge aus dem MINT-Bereich. Daher wolle er wissen, ob der Landesregierung bewusst sei, dass eine interne Optimierung innerhalb einer Hochschule nach anderen Kriterien als dem Gesamtlandesinteresse erfolge und was die Landesregierung tue, um die Einschnitte im MINT-Bereich zu verringern. Zwar handele es sich bei Ingenieurwissenschaften um eher teure Studiengänge, jedoch halte er sie für die Fortentwicklung des Landes für enorm wichtig. Die interne Sicht könne davon insbesondere auf vorzunehmende Einsparungen durchaus abweichen.

Abgeordneter **Dr. Frank Grobe** führt aus, er könne insbesondere vor dem Hintergrund von KI verstehen, dass Bachelorstudiengang „Informatik – Mobile Anwendungen“ an der FRA-UAS geschlossen werden solle. Da man fast keine Energie mehr habe, könne er auch die beabsichtigte Schließung des Studiengangs „Energiewirtschaft & Energiemanagement“ an der Technischen Hochschule Mittelhessen nachvollziehen. Eigentlich müsse man antizyklisch studieren und antizyklisch Studiengänge schaffen. Das habe man gemacht, und das sei immer sinnvoll gewesen. Daher frage er, warum man nicht Kernphysik-Studiengänge ausbaue, zumal überall rund um Deutschland Atomkraftwerke gebaut würden, während sich Deutschland auf eine Energiequelle verlasse, die nicht funktioniere. Sowohl Bedarf als auch Interesse der Studenten daran bestünden. Er frage, warum Hessen da keine Vorreiterrolle einnehme, um in der Kernphysik wieder Fuß zu fassen.

Abgeordnete **Nina Eisenhardt** wirft ein, dass Hessen in der Kernphysik durchaus renommiert sei, und weist auf die diesbezügliche Expertise in Darmstadt hin.

Abgeordneter **Bijan Kaffenberger** findet, bis eben sei die Debatte zum Antrag sehr sachlich verlaufen. Man könne zwar unterschiedliche Auffassungen darüber haben, wie sich die Situation momentan darstelle, jedoch gelte die Autonomie, die alle begrüßten, in guten wie in schlechten Zeiten. Daher halte er für wichtig, dass sich die Präsidien im Einvernehmen mit den Senaten und den weiteren demokratischen Gremien an den Hochschulen Gedanken über die zukünftige Entwicklung im bekanntermaßen schwierigen Gesamtumfeld machten.

Er betrachte die Kommunikation zwischen den Präsidien über die zukünftige Aufstellung des Wissenschaftsstandorts Hessen in Kooperationen als nicht ausschließlich negativ. Die Landesregierung widme sich diesen Herausforderungen im Übrigen nicht nur in schlechten, sondern auch in guten Zeiten. So zeige etwa die vorgestern unterzeichnete Verwaltungsvereinbarung zur RMU, dass Kooperation an Hochschulen in Gänze positiv sei und diese nach vorn bringen könne. Er halte Kooperationen bei der Entwicklung des Wissenschaftsstandortes für sinnvoller als die Rasenmähermethode. Insofern begrüße er, dass die entsprechenden Überlegungen autonom getroffen würden und das Ministerium beratend, sofern gewünscht, zur Seite stehe.

Über die Frage, was alles im Landesinteresse liege, könne man trefflich streiten, zumal unterschiedliche Sichtweisen darauf existierten. Er halte es für wichtig, keine Willkür an den Tag zu legen, sondern begrüße eine sachlich fundierte und an nachvollziehbaren Kriterien orientierte Prüfung der Anträge auf Schließung von Studiengängen durch das Ministerium.

Auch sie halte – im Normalfall – Kooperationen zwischen Hochschulen für positiv, so Abgeordnete **Nina Eisenhardt**. In dem von ihr geschilderten Fall bedeute dies jedoch rund 2.000 Studierende weniger in den Fächern Informatik und Ingenieurwissenschaften wegen des Wegfalls der Finanzierung dieser Studienplätze aufgrund der im Hochschulpakt getroffenen Regelungen. Da einigen Professorinnen und Professoren in diesen Fächern noch eine längere Zeit bis zur Pensionierung bleiben, müsse man mit anderen Hochschulen kooperieren, um diese Personen im Bedarfsfall unterzubringen. Deshalb handele es sich um eine Kooperation aus der Not, die keineswegs positiv zu sehen wäre. Sie wiederhole ihre Frage, ob dem Ministerium Gespräche bzw. Überlegungen zu einem möglichen Wegfall der Fächer berufliches Lehramt und Theologie an der TUD bekannt seien, zumal das bereits hochschulintern im Projekt Focus enthalten sei.

Auch frage sie, ob sich der Ministerpräsident bereits in dieser Sache beim HMWK gemeldet habe, da dieser dem Landessportbund Hessen und Professoren des Fachbereichs zugesagt habe, sich für den Erhalt der Sportwissenschaften in Darmstadt zu engagieren.

Auf den Einwurf des Abgeordneten **Lucas Schmitz**, wann der Ministerpräsident das gesagt habe, entgegnet Abgeordnete **Nina Eisenhardt**, das habe er am Rande einer Veranstaltung mit dem Landessportbund geäußert.

Staatssekretär **Christoph Degen** geht von bestehender Einigkeit darüber aus, nicht hin zur Steuerung von Studienkapazitäten und Studierenden im Sinne einer Planwirtschaft zu kommen, sondern an der bestehenden Hochschulautonomie festhalten zu wollen.

Mit Blick auf die möglichen Veränderungen stehe die Nachfrage nach Studienplätzen im Vordergrund, während Überlegungen zum Ruhestand von Personen und zu Kosten nachrangig seien. Dennoch halte er eine gemeinsame Bewertung dessen für sinnvoll.

Ob ein Fach nur ein einziges Mal in Hessen angeboten werde, fließe gewiss ins Landesinteresse ein. Auch habe er darauf hingewiesen, dass jeder Einzelfall separat betrachtet werde. Er gehe auch davon aus, dass Einigkeit herrsche, Angebote wie die bereits genannten Fächer Lehramt und Medizin mehrfach in Hessen zur Versorgung der Bürgerinnen und Bürger vorzuhalten.

Er maße sich nicht an, genau zu wissen, welche Gespräche der Ministerpräsident mit dem Minister führe. Daher könne er hierzu keine Ausführungen machen, allerdings könne man durchaus mitnehmen, dass dort ein Interesse in der Sache bestehe.

MinDirigin **Tannapfel** legt dar, im Rahmen der Prüfung des Landesinteresses werde ermittelt, wo man das betreffende Fach in Hessen studieren könne. Wichtig sei dabei, dass an den Alternativstandorten kein NC auf den Angeboten liege, dort also freie Kapazitäten existierten, sodass das Landesinteresse gewährleistet sei, dass der Grundrechtsträger in Hessen seinem Berufswunsch an einer Einrichtung mit freien Kapazitäten näherkommen könne.

Dass es die MINT-Fächer treffe, könne etwa damit erklärt werden, dass diese Fächer strukturierter seien und über schnellere Verfahren verfügten. Sie gehe davon aus, dass die Sozialwissenschaften nachzögen.

Sie mache darauf aufmerksam, dass hier lediglich die Einstellung von Angeboten betrachtet werde, nicht jedoch neu geschaffene Studienangebote. Vermutlich würden sich viele neue Studiengänge aus bestehenden Kapazitäten entwickeln, wenn es für diese Angebote Nachfrage gebe. Die Steigerung in Sachen MINT könne bei einer erhöhten Nachfrage und Attraktivität der Angebote sowie bei neuen Studiengängen erfolgen.

Im Hinblick auf die TUD sei das Ministerium einerseits über den Hochschulrat eingebunden, andererseits berate Frau Schulmeyer direkt.

Dem Ministerium seien Überlegungen bezüglich der Berufspädagogik und der Theologie bekannt, so VAe **Schulmeyer**. Es spreche mit der Universität über mögliche gute Lösungen. Allerdings falle die Nachfrage für beide Studiengänge an der TUD extrem niedrig aus.

Abgeordneter **Daniel May** macht darauf aufmerksam, dass die Universitäten im Rahmen der Lehramtsausbildung im Auftrag des Landes handelten. Daher interessiere ihn, inwieweit das

Landesinteresse in diesem Zusammenhang greife. Am Fach Sport müsse ein besonderes Interesse bestehen, zumal nicht genügend Lehrkräfte zur Verfügung stünden. Insofern rufe er eine diesbezügliche Kleine Anfrage des Abgeordneten Degen aus der 19. Wahlperiode in Erinnerung, die in vielen Bereichen eine massive Unterdeckung im Bereich Sport ergeben habe.

Abgeordneter **Lothar Mulch** zeigt sich im Hinblick auf die Anlage angesichts der in Deutschland herrschenden Krise erstaunt über die Schließung des Studiengangs Maschinenbau an einer deutschen Hochschule.

Abgeordneter **Lucas Schmitz** wirft ein, er frage sich, ob der Abgeordnete richtig lesen könne.

Abgeordneter **Lothar Mulch** erwidert, selbstverständlich könne er lesen. Es werde nicht irgendein Studiengang geschlossen; über der Information in der Anlage stehe „Maschinenbau“. Das habe Strahlkraft nach außen. Er kenne im Übrigen das Ansehen des deutschen Maschinenbaus in der ganzen Welt.

Abgeordneter **Lucas Schmitz** wirft ein, es handele sich um Studienvarianten.

Abgeordneter **Lothar Mulch** entgegnet, wenn nur ein einziger Maschinenbau-Studiengang an einer deutschen Universität geschlossen werde, selbst wenn es sich nur um eine Variante handele, werde dieses Symbol nach außen getragen. Er halte dies für den Einstieg in den Ausstieg; so verliere man aus seiner Sicht die Weltmarktführerschaft.

Abgeordneter **Dr. Frank Grobe** widerspricht dem Staatssekretär. Dieser bemühe dann die Hochschulautonomie, wenn es kritisch werde und man kritische Fragen stelle. Deutschland sei groß geworden, indem der Staat jahrhundertlang Vorgaben gemacht habe, was wichtige Studiengänge seien. Dies könne man an den Nobelpreisen gut ablesen. Etwa zwei Drittel der Nobelpreise für Deutsche seien bis 1968 gewonnen worden; im selben Zeitraum danach sei lediglich ein Drittel auf Deutschland entfallen. In den letzten Jahren könne man erleben, dass Deutschland keine Nobelpreise mehr erhalte, vielmehr gingen diese in die USA, nach Großbritannien, nach China oder nach Japan. Deutschland sei dabei außen vor, weil man hier keine gute Qualität zustande bringe.

Zwar sage der Staatssekretär, die Landesregierung wolle sich nicht einmischen, jedoch mische sie sich sehr wohl ein, indem sie in Gender, Internationalisierung und weitere ideologische Projekte investiere. Das widerspreche der erwähnten Hochschulautonomie.

Abgeordneter **Dr. Matthias Büger** verleiht seiner Besorgnis Ausdruck, dass man das nicht NC-bewehrte Fach Mathematik in Hessen bis auf ein einziges Angebot streichen könne. Er frage daher die Landesregierung, ob sie seine Sorge teile, dass die Kürzungen im Hochschulpakt insbesondere die teuren und als schwer empfundenen MINT-Fächer besonders träfen, sodass entsprechende Angebote abgebaut würden. Weiterhin interessiere ihn, ob die Landesregierung in den in Rede stehenden Kürzungen ein Schritt in die Richtung sehe, die MINT-Fächer attraktiver zu machen, oder ob sie seine Sorge teile, dass diese dazu führten, diese Fächer unattraktiver zu machen.

Abgeordneter **Bijan Kaffenberger** merkt an, ein Grund, dass Deutschland bei den Nobelpreisen nicht mehr so gut abschneide, liege darin, dass offensichtlich selbst in den Parlamenten Leute säßen, deren logisches Denken nachlasse.

Der Abgeordnete Mulch habe eben die Streichung eines Studienganges erwähnt; dies sei jedoch nicht der Fall. Vielmehr gehe es um die Aufhebung einer einzigen Studienvariante, nämlich focus!ng im Rahmen des Bachelorstudiengangs Maschinenbau. Er, Kaffenberger, bedaure diese Aufhebung, da er die Variante für ein sehr gutes Angebot halte, und zitiere hierzu von der Website der FRA-UAS:

„Das Studium mit Orientierungsangebot

focus!ng ist eine Studienvariante, die es Dir erlaubt, dich Deinem Studium intensiver zu widmen.

Schritt für Schritt um Studienerfolg mit focus!ng: Mit dem Fokus auf Deinen Bedürfnissen studierst Du Deinen Wunsch-Studiengang in acht Semestern. Du hast also zwei Semester länger Zeit und profitierst außerdem von Zusatzangeboten für Deine persönliche Entwicklung. Das alles in familiärer Atmosphäre in Deiner focus!ng-Gruppe.

Noch ein Pluspunkt: Die Studienvariante focus!ng ist ein Vollzeitstudium und BAföG-förderungsfähig.“

Im Hinblick darauf würden die Abgeordneten Mulch und Dr. Grobe sicherlich sagen, dass es sich um ein Larifari-Studium handele, da man länger studieren könne. Das würden sie sonst, etwa im Plenum, immer als nicht leistungsorientiert verteufeln.

Er werde ausnahmsweise emotional, da ihn fassungslos mache, wie inkonsistent die beiden genannten Abgeordneten argumentierten. Die Aussprache sehe er als Beleg dafür an, dass sie zur fachlichen Arbeit in diesem Ausschuss nicht fähig seien.

Der **Vorsitzende** ruft zum Versuch auf, sich zu ent-emotionalisieren, um mit kühlem Kopf schneller zum Ziel zu kommen.

Abgeordneter **Dr. Frank Grobe** merkt an, vielleicht habe der Abgeordnete Kaffenberger nicht verstanden, dass es um die Außenwirkung gehe. Die tatsächliche Dauer eines Bachelorstudiums betrage nicht nur vier, sondern meistens sechs bis acht Semester. Im Hinblick auf eventuelle Berührungsgängste mit dem Studiengang Maschinenbau erblicke er hierin einen Ansatz, diese abzubauen.

Auch die Medien hätten es offenbar falsch verstanden: Die Außenwirkung sei fatal, wenn MINT-Studiengänge eingestellt würden. Darum gehe es konkret.

Staatssekretär **Christoph Degen** legt dar, das Ministerium beantworte die Fragen der Abgeordneten nach bestem Wissen und Gewissen. Er gehe davon aus, dass es bei der Stellung von Fragen um das Kontrollrecht des Parlaments und nicht um Symbolpolitik gehe. Wenn die mögliche Schließung von Studienvarianten kritisiert werde, halte er es für eine gute Idee, zu fragen, wo etwas neu aufgebaut werde.

Der Abgeordnete Dr. Grobe habe heute zum wiederholten Mal erwähnt, dass er bei den Hochschulen „keine gute Qualität“ erblicken könne; dies habe der Staatssekretär bereits an anderer Stelle zurückgewiesen und tue dies heute wieder. Die hessischen Hochschulen halte er vielmehr für sehr gut aufgestellt. Der Exzellenzwettbewerb habe nochmals die tollen Ergebnisse unterstrichen, die an den Hochschulen des Landes erbracht würden, die bundesweit mit an der Spitze stünden. Daher könne er das Schlechtreten der hessischen Hochschulen und ihrer Leistungen so nicht stehen lassen.

Im Hinblick auf die Beiträge der Abgeordneten May und Dr. Bürger zum Landesinteresse mache er deutlich, dass es sich letztlich um einen Einzelfall handle und man verschiedene Faktoren berücksichtigen müsse. Beim Lehramt sei das Land in der Tat auch Abnehmer der Leistungen und der ausgebildeten Personen. So bestehe das große Landesinteresse, Kapazitäten für das Lehramt zu erweitern, insbesondere für das Grundschul- und Förderschullehramt. Dies sei im Rahmen eines Sondertatbestands auch entsprechend finanziert worden. Das zeige die Vielschichtigkeit des Themas und die Möglichkeit verschiedener Lösungen.

Dem Abgeordneten Dr. Bürger legt er in Sachen MINT dar, die vorliegende Liste habe erst einmal nichts mit dem Hochschulpakt zu tun. Ihr lägen vielmehr längerfristige Überlegungen zugrunde. Er glaube nicht, dass sich eine Tendenz aufgrund des Hochschulpaktes ablesen lasse, zumal derzeit wesentliche Gespräche stattfänden.

VAe **Schulmeyer** ergänzt, neben dem formell-rechtlichen Landesinteresse handle es sich auch um einen Schwerpunkt in den Zielvereinbarungen. Auch bei Verschiebung von Finanzmitteln in das Sockelbudget würden diese Punkte demnächst gesondert in den Berichten nachverfolgt. Das Ministerium steuere sehr wohl. Auf den Lehramtsstudiengängen liege in der Regel ein NC aufgrund hoher Nachfrage, sodass man eher mögliche Zusammenlegungen und Kooperationen anstatt einer Gefährdung des Landesinteresses im Blick haben könne.

Abgeordneter **Lothar Mulch** geht davon aus, dass der Abgeordnete Kaffenberger etwas falsch verstanden habe. Er, Mulch, wolle in einer Liste mit Schließungen von Studiengängen, Varianten oder Ähnlichem das Wort „Maschinenbau“ nicht lesen, weil einer solchen Schließung eine Signalwirkung nach außen zukomme. Das läsen nicht nur die Anwesenden, sondern auch Externe, die daraus ihre Schlüsse zögen; dies sei für Hessen nicht gut.

Sie habe dem Senat der TUD jahrelang angehört und kenne die Verfahren zur Einrichtung neuer und Schließung vorhandener Studiengänge, so Abgeordnete **Nina Eisenhardt**. In den meisten Fällen handele es sich erfahrungsgemäß um zwei Seiten derselben Medaille, jedoch erlebe sie derzeit etwas anderes. Bei den geplanten Schließungen gehe es nicht um einen normalen, an Hochschulen üblichen Prozess zur Weiterentwicklung von Angeboten – insofern widerspreche sie der Darstellung des Staatssekretärs –, sondern vielmehr um die Umsetzung von Sparvorgaben des Landes.

Sie nehme einen unterschiedlichen Stand der Debatte je nach Hochschule wahr. Einige Präsidien hätten früh damit begonnen, sich Gedanken über die Auswirkungen des Paktes auf ihre Hochschulen zu machen. Bei der TUD handele es sich um eine komplett autonome Universität, die solche Prozesse in Eigenverantwortung in hoher Geschwindigkeit angehen könne. Wahrscheinlich werde man ähnlich gelagerte Einsparbemühungen spätestens im nächsten Jahr in den Senatsvorlagen anderer Hochschulen – und auch in der Öffentlichkeit – sehen.

Sodann bitte sie um nähere Ausführungen zum Zusammenhang zwischen dem Fach Sport und dem Landesinteresse – auch im Hinblick auf die Entwicklungen an der TUD, wo eine Senatsvorlage vorsehe, noch in diesem Herbst die Entscheidung über die Schließung des Instituts für Sportwissenschaften und der entsprechenden Studiengänge zu treffen.

Abgeordneter **Dr. Matthias Büger** bitte die Landesregierung um Aufklärung des folgenden logischen Widerspruchs: Der Staatssekretär habe betont, die in der Liste aufgeführten Maßnahmen seien längerfristig geplant und hätten nichts mit dem Hochschulpakt zu tun. Frau Tannapfel habe jedoch dargelegt, dass man dort mehr Maßnahmen aus dem MINT-Bereich aufgeführt sehe, weil diese schneller reagierten. Ihn beschleiche das Gefühl, dass die Landesregierung bei diesen Punkten gleichsam schwimme und dass die genannten Fächer weiter oben auf der Streichliste stünden, weil sie kostenintensiver und schwieriger zu studieren seien.

Staatssekretär **Christoph Degen** findet, dass die Landesregierung die Frage der Abgeordneten Eisenhardt nach Sport und TUD bereits im erbetenen Bericht beantwortet habe. Darin heiße es, dass das Ministerium den Vorgang grundsätzlich kenne, jedoch zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht genug Material für eine abschließende Bewertung vorliege. Sollte ein darüber hinaus gehendes Interesse bestehen, bitte er die Abgeordnete, ihre Fragen schriftlich einzureichen.

Dem Abgeordneten Dr. Bürger antworte er mit einem Sowohl-als-auch. Die Liste umfasse Maßnahmen, die nichts mit dem Pakt zu tun hätten. Er könne nicht garantieren, dass sie auch solche Überlegungen enthalte, die möglicherweise aus dem resultierten, was sich zum Hochschulpakt abgezeichnet habe.

Beschluss:

WKA 21/18 – 30.10.2025

Der Dringliche Berichts Antrag gilt mit der Entgegennahme des Berichts des Staatssekretärs in öffentlicher Sitzung im Ausschuss als erledigt.

Zuvor kam der Ausschuss überein, den Dringlichen Berichts Antrag in öffentlicher Sitzung zu beraten.

(Schluss des öffentlichen Teils 15:48 Uhr –
folgt Fortsetzung des nicht öffentlichen Teils)

Anlage

Hochschule	Überlegung bzw. Vorschlag zur Schließung eines Studienangebots seit 01.01.2025
Philipps-Universität Marburg	Interkulturelle Betriebswirtschaftslehre /Intercultural Business Studies (M.Sc.)
Philipps-Universität Marburg	Functional Materials (M.Sc.)
Philipps-Universität Marburg	Sprechwissenschaften und Phonetik (M.A.)
Philipps-Universität Marburg	Linguistik: Kognition und Kommunikation (M.A.)
Justus-Liebig-Universität Gießen	<i>Fehlanzeige</i>
Technische Universität Darmstadt	Schließung des Instituts für Sportwissenschaft und in der Folge auch die entsprechenden Studiengänge bzw. Unterrichtsfachs im Lehramt
Technische Universität Darmstadt	Schließung des Instituts für Angewandte Geowissenschaften und in der Folge die Studiengänge B.Sc. und M.Sc. Angewandte Geowissenschaften
Goethe-Universität Frankfurt am Main	<i>Fehlanzeige</i>
Universität Kassel	<i>Fehlanzeige</i>
Staatliche Hochschule für Bildende Künste - Städelschule	<i>Fehlanzeige</i>
Hochschule für Musik und Darstellende Kunst Frankfurt am Main	<i>Fehlanzeige</i>
Hochschule für Gestaltung Offenbach am Main	<i>Fehlanzeige</i>
Hochschule Darmstadt	<i>Fehlanzeige</i>
Frankfurt University of Applied Sciences	Bachelor-Studiengang „Informatik-Mobile Anwendungen“
Frankfurt University of Applied Sciences	<i>(Aufhebung der Studienvariante)</i> focus!ng des Bachelor-Studiengangs „Maschinenbau“.

Frankfurt University of Applied Sciences	<i>(Aufhebung der Studienvariante) focus!ng des Bachelor-Studiengangs „Produktentwicklung und Technisches Design“</i>
Technische Hochschule Mittelhessen	Energiewirtschaft & Energiemanagement (B.Sc.)
Hochschule RheinMain	BA-Studiengang "International Media Management" bei gleichzeitiger Einrichtung eines entsprechenden zusätzlichen Studienschwerpunktes im BA-Studiengang "Media Management"
Hochschule Fulda	Bachelor-Studiengang "Internationale Ingenieurwissenschaften"
Hochschule Fulda	Master-Studiengang "Energie- und Automatisierungssysteme"
Hochschule Fulda	Master-Studiengang "Eingebettete Systeme"
Hochschule Geisenheim am Rhein	<i>Fehlannonce</i>

[**fett:** Anträge nach § 13 Abs. 1 Satz 2 HessHG genehmigt.]